

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 39/17

► Linker Kollateralschaden?

Selbst für Vertreter linker politischer Auffassungen werden die Zeiten ungemütlicher: Wie kürzlich die britische *Daily Mail* berichtete, wurde der schwedische Linkspolitiker *Patrik Liljeglöd* von einem mit einem Messer bewaffneten Mann geschlagen und anschließend vergewaltigt. Nach Aussagen *Liljeglöds*, der Mitglied der Partei *Vänsterpartiet* ist, ereignete sich der Vorfall in seiner Heimatstadt Falun. Er sei von dem Angreifer als »linke Fo...« und »Verräter« beschimpft worden, sodass es sich offensichtlich um eine politisch motivierte Tat handelte. Wie die *Daily Mail* weiter berichtete, konnte der Täter bisher nicht ermittelt werden. Der Vorfall werde aber weiterhin durch die schwedische Polizei untersucht.

► Das US-Schatzamt zündete eine finanzielle H-Bombe — und kaum einer hat es bemerkt.

Der US-Dollar steht für 60 Prozent der weltweiten Währungsreserven, für 80 Prozent der global getätigten Zahlungen und beinahe für 100 Prozent der finanziellen Transaktionen in Bezug auf den Welt-Öl-Umsatz. Das Abschneiden eines Landes vom US-Dollar-Zahlungssystem wirkt sich somit wie das Abschalten lebenserhaltender Systeme bei einem Patienten aus. Und doch ist es genau das, was der US-Schatzamt-Sekretär *Steve Mnuchin* vor wenigen Tagen mit China zu tun drohte. Er erklärte, dem Land der Mitte den Zugang zum US-Dollar-Zahlungssystem abzuschneiden, falls es die neuen UN-Sanktionen gegen Nordkorea nicht unterstütze. Beobachter glauben aber, dass China nur scheinbar einlenken und kaum mehr als kosmetische Maßnahmen ergreifen wird, um Nordkorea zu einem Stopp seines Atombomben- und Raketenprogramms zu veranlassen. Es befürchtet nämlich ein destabilisiertes Nordkorea sowie eine Flut von dort kommender Flüchtlingen, die ins Land drängen. China betrachtet zudem den gesamten Konflikt als ureigenes Problem der USA und ist in diesem Zusammenhang nicht bereit, sein Gesicht zu verlieren. Ein Krieg zwischen den USA und Nordkorea wäre für China nicht das schlechteste Ereignis, weil es die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea, die allesamt Konkurrenten für die chinesische Dominanz in Ostasien darstellen, bluten lassen würde. China besitzt weit über zwei Billionen US-Dollar in seiner Reserveposition. Sollten die USA diesen Betrag einfrieren, sind die Folgen für China wie auch für die Vereinigten Staaten unabsehbar, zumal dieser Finanzkrieg nicht den Nordkorea-Konflikt lösen würde. Experten gehen im Moment davon aus, dass es in sechs bis acht Monaten zum einem heißen Krieg zwischen Nordkorea und den USA kommen wird.

► Beliebtheit Trumps sinkt.

Eine Mehrheit missbilligt seine Präsidentschaft und hält ihn für eine ungeeignete Figur, die während ihrer Wahlkampagne versprochen hat, die US-Regierung positiv

zu verändern und das Land zu einen, in Wirklichkeit aber das genaue Gegenteil tut. Wie eine aktuelle ABC-/ *Washington-Post-Umfrage* ergab, glauben 68 Prozent der Befragten, dass Trump die Gesellschaft spalte. Nur 39 Prozent sind der Auffassung, dass er die notwendigen Änderungen in Washington in Angriff genommen habe, während 59 Prozent erklärten, er habe das nicht getan. Insgesamt ist Trumps Image weiterhin negativ: 39 Prozent der Amerikaner sind mit ihm zufrieden, während 57 Prozent seine Leistung als Präsident missbilligen. Was den aktuellen Nordkorea-Konflikt angeht, so glauben 84 Prozent der Befragten, dass das kommunistische Land eine Bedrohung für die USA darstelle, aber nur 62 Prozent sind der Auffassung, dass Trump mit dieser Bedrohung richtig umgehe.

► **Beginnender Totalitarismus in Australien.**

Auch aus dem Land der Kängurus ist zu vernehmen, dass man den Bargeldbesitz und die persönliche Freiheit einschränken will. Eine von der australischen Regierung eingesetzte sogenannte *Black Economy Taskforce* hat mehr als 30 Vorschläge unterbreitet, wie man Steuerhinterziehung nicht nur bei Unternehmen, sondern verstärkt auch bei Privatpersonen bekämpfen kann. Einer der teilweise haarsträubenden Vorschläge lautet, Verbrauchern beim Kauf von Gütern aller Art Garantieleistungen und andere Schutzbestimmungen vorzuenthalten, wenn sie die Ware bar bezahlt und ohne Quittung erworben haben. Kritiker der Taskforce-Vorschläge erklärten, dass die Regierung pro Jahr Milliardensummen verschwende und damit der Verursacher der Probleme sei, nun aber Maßnahmen erwäge, um den Bürger flächendeckend zu überwachen und zu bestrafen.

► **Donald Trump mehr und mehr Marionette des »Tiefen Staates«?**

Vor seiner Wahl zum US-Präsidenten hatte Donald Trump unter anderem verkündet, künftig alle Maßnahmen zu unterlassen, die einen noch unter *Barack Obama* üblichen »*Export von Demokratie*« betreffen. Das Beispiel Afghanistan zeigt jedoch, dass diese Ansage ohne Belang war, denn Trump ist offenbar vom »*Tiefen Staat*« der USA, der aus den Geheimdiensten und dem Militärisch-Industriellen Komplex (MIK) besteht, vom Gegenteil »*überzeugt*« worden. Laut aktuell veröffentlichten Zahlen des *United States Central Command* eskaliert der Konflikt in Afghanistan — im August wurden bei US-Luftangriffen mehr als 500 Bomben abgeworfen. Das war die höchste Zahl von Abwürfen in einem Monat in den zurückliegenden fünf Jahren. Im Jahr 2017 wurden bisher mehr als 2000 Bomben eingesetzt, und es ist mit einer weiteren Zunahme der Einsätze zu rechnen.